

ÖKONOMISCHE GESETZE IM SOZIALISMUS

Ihr Charakter und ihr Wirkungsmechanismus

Dr. Horst Friedrich, Sektion ML

6

2. Teil

Lenin ehrt heißt: den Leninismus
studieren, weiterentwickeln, anwenden!



Interessen der gesamten sozialistischen Gesellschaft mit den Interessen der Betriebe, Kombinate, LPG und den Interessen der einzelnen objektiv übereinstimmen.

Die Aufgaben des sozialistischen Staates bei der bewußten Ausnutzung der ökonomischen Gesetze und damit zugleich bei der Entfaltung der Initiative der Werktagen bestehen in der Ausarbeitung wissenschaftlich fundierter Prognosen der gesellschaftlichen Entwicklung mit dem Perspektivplan als Hauptsteuerungsinstrument, in der wissenschaftlich fundierten Leitung und Organisation aller gesellschaftlichen Kräfte zum zielgerichteten, einheitlichen und hochwirksamen Handeln auf der Grundlage des Plans.

Die sozialistische Planung der Volkswirtschaft bildet einen der Hauptvorzüge des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus. In ihr ist die zentrale staatliche Planung, die die Einheit des politischen Gesamtwillens der Gesellschaft und die unbedingte Wahrung ihrer Grundinteressen sichert, gemäß dem Prinzip des demokratischen Zentralismus organisch mit der eigenverantwortlichen Planung der wirtschaftenden Einheiten verbunden. Die Verbindlichkeit der zentralen staatlichen Pläne ist die unabdingbare Voraussetzung für die volle Einordnung der sozialistischen Betriebe und Kombinate in den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß.

Die Planung und Leitung der Produktion ist stets eine unmittelbare Funktion des Eigentums an den Produktionsmitteln. Die Leitung der Produktion ist daher nie eine bloß technisch-organisatorische Aufgabe, sie hat stets einen tiefen sozialökonomischen Inhalt: sie ist stets Leitung der Produktion durch bestimmte Klassen und im Interesse bestimmter Klassen. Die Konvergenztheoretiker versuchen, ihren Behauptung zwischen Sozialismus und Kapitalismus komme es zu einer „Annäherung“, die schließlich zu einer „Verschmelzung“ der beiden antikapitalistischen Systeme führen solle, dadurch den Anspruch einer Begründung zu geben, daß sie u. a. verkünden, in beiden Systemen entwickle sich „die Planung“, verbunden mit einer „Herrschaft der Manager“, mit einer „Herrschaft der Technokratien“.

Dieses „Argument“ soll von der alles entscheidenden Klassenfrage, von der Machi- und Eigentumsfrage ablenken. Entscheidend ist, wer plant, das heißt, welche Klasse plant und welche Klassenziele die Planung verfolgt.

In den imperialistischen Ländern ist die Leitung, Regulierung „Planifikation“ der Produktion nichts anderes als Herrschaft, Zwangsgewalt der Monopolkapitalisten über die Werktagen, Organisierung der Ausbeutung, der Ausplünderung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und der anderen Werktagen mit dem Ziel, ihnen monopolistische Höchstprofite abzupressen.

Im Sozialismus hat die planmäßige Leitung der Volkswirtschaft einen völlig neuen sozialökonomischen Charakter. Ein Besitz der politischen Macht und als Eigentümer der Produktionsmittel leiten die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei durch den Staat die Produktion selbst und zur Wahrnehmung

ihrer eigenen Interessen, die im Ziel der sozialistischen Produktion ausgedrückt sind. Im Sozialismus ist die planmäßige Leitung der Volkswirtschaft Herrschaft der Arbeiterklasse und der anderen Werktagen über ihre eigenen gesellschaftlichen Lebensbedingungen, ein Prozeß, in dem die Werktagen ihre schöpferischen Potenzen entfalten und ihre reale Freiheit verwirklichen. Arbeiter und andere Werktagen sind in den Volksvertretungen als den höchsten Organen der Staatsschafft tätig. Arbeiterleiter als Minister, Generaldirektoren und Betriebsleiter die Produktion. Immer wirkungsvoller nehmen alle Arbeiter und Werktagen unmittelbar an der planmäßigen Leitung der Wirtschaft teil, indem sie in den Produktionskomitees des Betriebs, in den gesellschaftlichen Räten der VVB und anderen demokratischen Organen sachkundig mitarbeiten.

Die planmäßige Leitung im gesamtgesellschaftlichen Maßstab und ihr zutiefst demokratischer Charakter ergeben sich aus dem politischen Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten sowie aus dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln. Sie stehen daher in unüberbrückbarem Gegensatz zur Leitung „Planifikation“ usw. der Produktion im Imperialismus und ihrem demokratieverfeindlichen Charakter, die im staatsmonopolistischen Eigentum an den Produktionsmitteln in der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der anderen Werktagen durch die Finanzoligarchie wurzeln.

Klasseninhalt der Planung und Leitung im Sozialismus

Aus dem spezifischen sozialökonomischen Charakter der Planung und Leitung im Sozialismus ergibt sich zugleich, daß sie un trennbar mit der ideologischen Arbeit unter Führung der Partei der Arbeiterklasse verknüpft ist. Die sozialistische Ideologie ist der wissenschaftliche Ausdruck der Klasseninteressen der Arbeiterklasse und der anderen Werktagen. Ideologisch an die Aufgaben herangehend bedeutet, sich in allen Fragen, bei allen Entscheidungen vom grundlegenden Klasseninteresse der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten leiten zu lassen, stets zu prüfen, was diesem Interesse entspricht und was ihm widerspricht, alle Aufgaben mit dem Ziel anzupacken, die sozialistische Gesellschaftsordnung allseitig zu stärken. Die imperialistischen und revisionistischen Gegner kämpfen unter der Parole der „Entideologisierung“ der gesellschaftlichen Führungs tätigkeit durch „Verschärfung“ der Entscheidungen gegen die sozialistische Ideologie, um die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten geistig zu entwaffnen, zu deorientieren und der bürgerlichen Ideologie Tür und Tor zu öffnen.

Doch gerade aus dem Klasseninhalt der Planung und Leitung im Sozialismus ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit, daß die fachlichen Aufgaben des sozialistischen Leiters un trennbar mit seiner politisch-ideologischen Funktion verbunden sind. „Die ideologische Arbeit ist nicht eine Zutat, sondern wesentlicher Bestandteil sozialistischer Leistungsfähigkeit ... Sozialistische Menschenführung, Arbeit mit den Menschen, heißt darum vor allem, geduldig und beharrlich das sozialistische Bewußtsein der Menschen zu entwickeln und ihre schöpferische Initiative für die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus zu entfalten. Deshalb muß man von jedem Leiter erwarten, daß er in seinem Kollektiv politisch erziehend und bewußtseinsbildend wirkt und sich mit seiner fachlichen Qualifizierung zugleich ausgezeichnete Kenntnisse auf dem Gebiet der marxistisch-leninistischen Politik und Ideologie aneignet.“¹⁾

Dies gilt selbstverständlich für die Planung und Leitung in allen Bereichen der sozialistischen Gesellschaft, insbesondere auch für die Leistungsfähigkeit in unseren sozialistischen Universitäten.

1) Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, S. 194.
2) G. Mittag, Demokratischer Zentralismus, sozialistische Planwirtschaft und wissenschaftlich-technische Revolution. In: Einheit, H. 12/1964, S. 1473 f.

Worte, Taten, strategische Absichten

Beitrag rechter SPD-Führer zur Globalstrategie der USA / Von Dr. Otto Seifert, Institut für Internationale und westdeutsche Fragen

Es notwendig sei, alle „militärischen und politischen Voraussetzungen zu schaffen, um die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus auf allen Gebieten führen zu können“. Für eine bestimmte Zeit aber — unter den Bedingungen des veränderten Kräfteverhältnisses — müsse in Europa eine Strategie „des Krieges mit friedlichen Mitteln“ entwickelt werden.

Für die einzelnen Gebiete ihrer Politik arbeiteten die rechten Führer der Sozialdemokratie entsprechende Schwerpunkte heraus.

Helmut Schmidt sprach auf dem SPD-Parteitag 1969 davon, daß der „dritten Welt“ mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. Bei einer neokolonialistischen Politik müsse nicht nur die Gestaltung des zukünftigen Handelspartners von morgen, sondern auch die politische Aufgabe, „soziale Explosionen zu vermeiden“, als Ziel erkannt werden. Auf das Zusammenwirken von Westdeutschland und den USA auf diesem Sektor wollen wir an dieser Stelle nur verweisen.

Den zweiten Schwerpunkt auf diesem Gebiet steckte ebenfalls der jetzige Verteidigungsminister Helmut Schmidt ab. Er will die Schlagkraft der aggressiven NATO erhöhen. Dabei habe die Bundeswehr ein stärkeres Eigengewicht zu bekommen. Die NATO soll ein zuverlässiges Mittel zur Beherbung der imperialistischen Länder in Krisenzeiten bleiben, ein Mittel zur Unterdrückung von Befreiungsbewegungen und ein Aggressioninstrument gegen die sozialistischen Länder. Die Bindung an die NATO und an die USA wurde zum Eckpfeiler der Außenpolitik erklärt.

Eine ihrer wichtigsten Aufgaben seien die rechten sozialdemokratischen Führer in der Politik, „den Prozeß der Wandlung im Osteuropa zu fördern“ (Brandt in New York am 15. Mai 1964). Der SPD-Vorsitzende sprach schon 1962 davon, daß man den Kommunismus durchdringen und alles zu seiner Transformation einzusetzen müsse. „In Deutschland sollte die Probe auf Exempel“ gemacht werden. Erich Honecker erklärte dazu: „Eben diesen Transformationsprozeß — das heißt, die schließende und möglichst lautive Konterrevolution — glauben maßgebliche Kreise der westdeutschen Monopolkapitalie nach dem Scheitern anderer Varianten am besten mit Hilfe der rechten sozialdemokratischen Führer in Gang setzen zu können.“ (Neues Deutschland, 22. 2. 1970).

Schon 1964 unterbreitete Willy Brandt dem amerikanischen Außenminister Rusk eine Denkschrift, in der er ein Stufenprogramm für die neue Ostpolitik entwickelte. Das traditionelle Bild von der Sozialdemokratie als einer Partei der Arbeiter und Angestellten und die Ideologie vom sogenannten demokratischen Sozialismus, einer kleinbürgerlichen Gesellschaftsordnung sollen zu einem neuen Hilfsmittel der Ostpolitik avancieren, um stärker in die sozialistischen Länder eindringen zu können.

Auch den Nationalismus wollen sie wieder, wenn auch nicht ganz in der Art der CDU ins Gefecht führen. Für die Bourgeoisie ist dies jetzt besonders wichtig. Der Imperialismus hat die Interessen der Nation verraten, die Bindung an die westlichen kapitalistischen Länder wurde über

die nationalen Belange gestellt. Der Chauvinismus der NPD, aber auch der der CDU war in Westeuropa auf Mißtrauen gestoßen. Gleichzeitig wurde es für die bürgerlichen Theoretiker immer komplizierter, den Nationalismus in den sozialistischen Staaten zu fördern, für den Westen aber die Nation als etwas Überholtes hinzustellen.

Die SPD-Führer begannen, ihre Partei und ihre Politik als „national“ auszugeben. Wehrner schrieb in der Zeitschrift „Die neue Gesellschaft“ in einem Sonderheft 1969 davon, daß nur die SPD in der Lage sei, die Bundesrepublik so einzurichten, daß die „nationalen Fragen“ lösen könne. Gleichzeitig erklärten er und einige andere Theoretiker der SPD, daß sie die Bundesrepublik auch als Modell für die Systemauseinandersetzung ausbauen wollen. Sie bilden sich beim Imperialismus an, indem sie nachzuweisen suchen, daß eigentlich nur sie den wachsenden Einfluß des Sozialismus in Theorie und Praxis zurückdrängen und die historisch überlebte Bundesrepublik für die Systemauseinandersetzung aufpolieren könnten. Kanzler Brandt ließ im Bericht vor dem Bundestag 1970 klar die gegen die DDR gerichtete Politik erkennen, indem er erklärt, daß niemand sich der Hoffnung hingeben darf, den unausweichlichen Auseinandersetzungen zwischen den völlig unterschiedlichen Systemen in den beiden deutschen Staaten entgehen zu können, da es zwischen diesen Systemen keine Mischung und keinen Kompromiß gebe. Mit anderen Worten: Die sozialistische Ordnung in der DDR soll nach wie vor bestehen werden, dabei will

sich nur einiger anderer Mittel, Methoden und Worte bedienen. Aus diesem Grunde lohnen sie eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR und damit eine prinzipiell andere Politik auf diesem Gebiet ab.

CDU/CSU und SPD-Führung streiten sich gegenwärtig nur um die für den Imperialismus günstigste Variante des Kampfes gegen den Sozialismus. Die rechten sozialdemokratischen Führer behaupten dabei von sich, daß ihre Variante imperialistischer Politik den veränderten Existenzbedingungen besser entspreche.

Unter imperialistischen Strategen der USA besteht ein starkes Interesse für diese Variante der Ostpolitik, da sie sich zur Zeit in die amerikanische Globalstrategie, besonders in Europa, gut einfügt. Aus diesem Grunde besüßigte am 9. April dieses Jahres die „Washington Post“, daß die Brandt-Regierung für die USA wertvoll sei. Nixon versicherte dieser Ostpolitik der gegenwärtigen westdeutschen Regierung seine volle Unterstützung und betonte, daß sie mit den Interessen der USA voll übereinstimme. In diesem Zusammenhang tauchte der Begriff „konzentrierte Aktion in der Ostpolitik“ auf.

Owobwohl es selbst in den Reihen der SPD-Widerstand gegen diese Politik gibt, beobachten die rechten Führungs kräfte in der SPD auf dieser Variante imperialistischer Politik und betrachten sich als Vorreiter dieser außenpolitischen Konzeption.